
4983/J XXV. GP

Eingelangt am 12.05.2015

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde
an Bundesministerin für Bildung und Frauen
betreffend RH Tätigkeit 2014 Unterricht

In seinem Tätigkeitsbericht 2014/16 kommt der Rechnungshof im Zuge von Nachfrageverfahren über den Umsetzungsstand der Empfehlungen als Instrument der Wirkungskontrolle bei einem durchschnittlichen Umsetzungsgrad von 51% im Bereich Bundeslehrer zu folgender Schlussfolgerung:

Reihe Bund 2013/5

Die Personalsituation im Bereich der Bundeslehrer war angespannt. Dies zeigte sich v.a. in einer Zunahme der Mehrdienstleistungen und in der vermehrten Anstellung nicht vollgeprüfter Lehrer. Im Schuljahr 2011/2012 entsprachen die Dauermehrdienstleistungen (das waren in der Lehrfächerverteilung fix eingeplante Überstunden) österreichweit der Tätigkeit von 5.200 vollbeschäftigten Lehrern. Schulorganisatorische Maßnahmen – insbesondere die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl und die Einführung der Neuen Mittelschule – verschärften die angespannte Personalsituation.

Für leitende (z.B. Direktoren), administrative (z.B. Administratoren) und unterstützende technische Tätigkeiten (z.B. Betreuung IT-Arbeitsplätze) wurden im Schuljahr 2011/2012 rd. 2.500 Vollbeschäftigungsäquivalente vom Unterricht abgezogen. Der Einsatz von Verwaltungsbediensteten an Stelle von Lehrern für diese Tätigkeiten brächte Einsparungen von rd. 13 Mio. EUR jährlich.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Der langfristige Einstellungsbedarf an Bundeslehrern für die Schuljahre 2012/2013 bis 2025/2026 belief sich dem Personalprognosemodell des BMBF zufolge auf 19.677 Lehrer bzw. rd. 55 % des derzeitigen Personalstands. Kurzfristig ergab sich aufgrund der Verschärfung der Hacklerregelung und des Ausbaus der Neuen Mittelschule für das Schuljahr 2013/2014 ein Einstellungsbedarf von 3.088 Lehrern. Ein koordinierender Maßnahmenplan des BMBF zur Deckung des Lehrpersonalbedarfs fehlte weitgehend. Auch fehlten Maßnahmen, das bestehende Lehrpersonal länger im Aktivstand zu behalten.

Empfehlung		umgesetzt	zugesagt	offen
BMBF				
1	Hinwirken auf Änderung der Hacklerregelung für Bundeslehrer, um Lehrpersonal länger im Aktivstand zu halten			X
3b	Setzen von Maßnahmen, um das bestehende Lehrpersonal länger im Aktivstand zu behalten			X
6	Reduktion der Drop-out-Rate bei Lehramtsstudierenden		X	
9	Evaluierung der unterschiedlichen Zusammensetzung der Lehrerteams bei der Neuen Mittelschule (NMS)			X
11	Heranziehen von Lehramtsstudierenden zur Tagesbetreuung		X	
13	Evaluieren des effektiven Personalbedarfs und der Struktur des Personaleinsatzes		X	
14	Erhöhung der Lehrverpflichtung durch Umschichtung von Mehrdienstleistungsstunden zur Grundbeschäftigung im Rahmen des neuen Dienstrechts		X	
15	Vorantreiben der Pilotprojekte zum mittleren Management an Bundesschulen			X
16	Ausloten der Möglichkeiten für den Ersatz von Lehrern durch Verwaltungsbedienstete für administrative Tätigkeiten			X
19	Evaluieren des Einsatzes von Lehrern für nicht-unterrichtliche Tätigkeiten an Pädagogischen Hochschulen; gegebenenfalls Einsatz von Verwaltungskräften		X	
20	Einführung eines österreichweiten webbasierten E-Recruiting-modells		X	
21	Setzen von Maßnahmen zur Vermeidung von hohen Dauer-mehrdienstleistungen		X	
28	Kein Einsatz von Lehrern im Rahmen von Einzeleinrechnungen für Tätigkeiten in den pädagogischen Abteilungen der Schulbehörden sowie für (pädagogische) Verwaltungsaufgaben		X	
Landesschulrat für Oberösterreich				
20	Einführung eines österreichweiten webbasierten E-Recruiting-modells		X	
21	Setzen von Maßnahmen zur Vermeidung von hohen Dauer-mehrdienstleistungen			X
23	Effizientere Administration der Sonderverträge; Verbesserung des Berichtswesens		k.A.	
Stadtschulrat für Wien				
20	Einführung eines österreichweiten webbasierten E-Recruiting-modells		X	
28	Kein Einsatz von Lehrern im Rahmen von Einzeleinrechnungen für Tätigkeiten in den pädagogischen Abteilungen der Schulbehörden sowie für (pädagogische) Verwaltungsaufgaben		X	

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

Aus welchen Gründen kamen Sie den aufgezählten Empfehlungen für BMBF 1, 3b, 6, 9, 11, 13, 14, 15, 16, 19, 20, 21, 28, für Stadtschulrat Oberösterreich 20, 21, 23 und für Stadtschulrat Wien 20, 28 derzeit noch nicht nach?